

geschichte in der Dritten Welt“. Hinter diesem Projekt stehen die Erfahrungen der Studienkommission für lateinamerikanische Kirchengeschichte (CEHILA), die seit einigen Jahren an einer Kirchengeschichte aus dem Blickwinkel der Dritten Welt arbeitet. Enrique Dussel, der als Sekretär diese Arbeit koordinierte, ist ebenfalls verantwortlich für dieses Projekt, das für Afrika und Asien eine Kirchengeschichte vorsieht, die die Rezeption des Christentums in den jeweiligen Kulturen zeigt, die Kulturen und Religionen von ihrem Kontakt mit dem Christentum beschreibt, den Gesichtspunkt der Ausbeutung und Armut berücksichtigt, der den Kirchen der Dritten Welt eigen ist, und in ökumenischer Zusammenarbeit eine Geschichte des Christentums erarbeitet, die eher pastoral als akademisch sein soll. Erste Begegnungen haben schon stattgefunden und zur Gründung einer Arbeitskommission geführt, die sich im November 1984 in Bombay treffen wird.

Was die europäischen und nordamerikanischen Theologen angeht, so gibt es im Hinblick auf den fortdauernden Dialog mit den Theologen aus der Dritten Welt keine festen Pläne und auch keine festen Organisationsformen, die sich dieser Frage annehmen. Es ist anzunehmen, daß das Interesse an einer Beschäftigung mit den Ergebnissen einer Theologie in der Dritten Welt steigt, aber eine echte Begegnung und eine wirkliche Auseinandersetzung stehen immer noch aus.

Herausforderungen an die Einheit

Das alte Modell einer universalen Theologie, die innerhalb der katholischen Kirche überall in gleicher Weise gültig ist, wird allgemein als obsolet angesehen. Ein grundsätzliches Bekenntnis zu einem theologischen Pluralismus, d. h. einer *Vielzahl von kontextuellen Theologien*, ist weit verbreitet. Was die konkrete Gestalt eines solchen theologischen Pluralismus angeht, ist die Übereinstimmung weit weniger allgemein, überwiegen vielmehr die

Fragen und Probleme. Das fängt an mit dem Stellenwert des europäisch-abendländischen theologischen Erbes. Gehören die griechischen und lateinischen Kirchenväter, Thomas v. Aquin und die Scholastik, Neuscholastik etc. zur christlichen Grundsubstanz, ohne die heute faktisch Christentum nicht mehr zu haben ist, oder kann es afrikanische, asiatische oder lateinamerikanische Theologie geben, die davon „nichts mehr weiß“ und wissen will? Die Fragen des Miteinanders bzw. der gegenseitigen Ergänzung von „Theologie als Wissenschaft“ und „Theologie aus dem Engagement“ sind ebenfalls noch nicht geklärt. Wie versteht man „Theologie“ im Rahmen eines Pluralismus von Theologien? Muß eigentlich jede Theologie „vollständig“ sein, d. h. die bisherige Einteilung der theologischen Fächer abdecken, um echte Theologie zu sein? Die theologische Vielfalt in der Einheit einer Weltkirche, die als Modell zumindest die Grundlage für die Entstehung kontextueller Theologien in Asien und Afrika darstellt, hat auch *ökumenische Implikationen*. Es läßt sich doch jedenfalls mit Berechtigung fragen, inwieweit sich im interkonfessionellen Bemühen um eine Einheit in der Vielfalt von ökumenischen Partnern eine größere Übereinstimmung in Lehrformulierungen fordern lasse, als sie in der innerkirchlichen theologisch-pluralistischen Diskussion für möglich gehalten wird. Wenn man mit K. Rahner von einer „qualitativ neuen Situation der Ungewißheit“ spricht, in der die wissenschaftlichen Begriffe untereinander kaum noch vergleichbar seien und die verschiedenen Theologien wie Sprachspiele nebeneinander herlaufen, dann erscheint theologische Eindeutigkeit nur noch als „eschatologisches Desiderat“ und nicht mehr als eine Größe, die administrativ verordnet oder kontrolliert werden kann. Es ist deutlich, daß in dieser theologischen Vielfalt innerhalb einer Weltkirche für alle, die mit der zentralen Leitung, d. h. dem Dienst an der Einheit, betraut sind, große Herausforderungen liegen, die ein Höchstmaß von Vertrauen und Hoffnung auf den Geist der Einheit voraussetzen.

Georg Evers

Herausforderung Bevölkerungswachstum

Zu einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing

Wo gegenwärtig in der Bundesrepublik das Thema *Bevölkerungspolitik* auf der Tagesordnung steht, kreist die Diskussion gewöhnlich um die Ursachen und Folgen des massiven Geburtenrückgangs, zerbricht man sich den Kopf über Maßnahmen, mit denen der Trend zum „sterbenden Volk“ zu stoppen oder sogar umzukehren wäre. Die zweite *Weltbevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen*, die vom 6. bis 13. August dieses Jahres in Mexiko City stattfindet, dürfte die Aufmerksamkeit aber auch hierzulande wieder stärker auf das Weltbevölkerungspro-

blem lenken, demgegenüber sich die Sorgen der Deutschen um ihr mögliches Aussterben eher merkwürdig ausnehmen. Schließlich stehen zahlreiche Länder der Erde vor der Frage, wie sie mit den Folgekosten eines Bevölkerungswachstums von vielfach beängstigenden Ausmaßen fertig werden können.

Um eine *Bestandsaufnahme* im Vorblick auf die Konferenz von Mexiko City bemühte sich eine Tutzinger Tagung, die vom 24. bis 26. Februar gemeinsam von der Evangelischen Akademie und der Deutschen Gesellschaft für die

Vereinten Nationen (Landesverband Bayern) veranstaltet wurde. Neben einem Überblick zur Entwicklung der Weltbevölkerung sollten dabei die spezifischen Bevölkerungsprobleme in ausgewählten Regionen der Dritten Welt ebenso zur Sprache kommen wie die sozioethischen Fragen, die sich bei jeder bevölkerungspolitischen Aktivität unvermeidlich stellen.

Gestörtes Gleichgewicht

Zwar entsprachen Verlauf und Ertrag der Tagung nicht in allem den Erwartungen, die das Programm geweckt hatte: Es war nicht gelungen, Experten aus den verschiedenen Regionen für das Gespräch zu gewinnen; die Referate waren von recht unterschiedlichem Informationswert. Dennoch boten die Tage in Tutzing Material genug, um die *Dringlichkeit* und vor allem die *Komplexität* des Weltbevölkerungsproblems bewußt zu machen, auch wenn viele Fragen nur sehr knapp gestreift werden konnten.

Das statistische Zahlenmaterial zur Entwicklung der Weltbevölkerung präsentierte der in Bamberg lehrende Bevölkerungswissenschaftler *Josef Schmid*. Demnach beträgt die Weltbevölkerung gegenwärtig etwa 4,7 Milliarden Menschen, die Wachstumsrate liegt im Gesamtdurchschnitt bei 1,7%. Jetzt schon könne man mit einiger Sicherheit voraussagen, daß im Jahr 2000 allein in den Ländern der Dritten Welt etwa 4,8 Milliarden Menschen leben werden. Je nach Prognose könnte sich die Weltbevölkerung im Jahr 2050 bei einer Zahl zwischen 10 und 13 Milliarden stabilisieren. (Vgl. dazu auch die Zahlenangaben in dem Beitrag von Arthur McCormack, HK, September 1980, S. 455–462).

Schmid ging in seinem sehr breitflächig angelegten Referat auch auf die Ursachen für die „Bevölkerungsexplosion“ der letzten Jahrzehnte in vielen Ländern der Dritten Welt ein und nannte vor allem die Erosion der traditionellen Kulturen, die als in sich ruhende Systeme auch ein Bevölkerungsgleichgewicht garantierten; herkömmliche Mechanismen der Bevölkerungskontrolle wie rituell festgelegter Abstand zwischen den Geburten oder Heiratsbeschränkungen seien inzwischen zerstört.

Dieser Gesichtspunkt stand auch bei den Ausführungen des Hamburger Politologen *Rainer Tetzlaff* über die Bevölkerungssituation auf dem *afrikanischen Kontinent* im Vordergrund. Die Bevölkerung Afrikas, die 1980 bei 353 Millionen Menschen lag, dürfte im Jahr 2020 etwa 1,4 Milliarden betragen; mit einer Wachstumsrate von gegenwärtig 3% und einer durchschnittlichen Geburtenrate von 6,6 Lebendgeborenen je Frau liegt Afrika vor Asien und Lateinamerika.

Tetzlaff, der vielfach auf afrikanische Literatur der Gegenwart zurückgriff, sprach eindringlich vom Kulturschock, den Afrika in der Konfrontation mit der europäischen Zivilisation erlitten habe und der noch längst nicht ausgestanden sei. Als Gründe für die kritische Bevölkerungssituation nannte er die Zerstörung der traditionellen Subsistenzwirtschaft, die Übernahme der europäischen

Medizin und unzureichende Steigerungsraten bei der Nahrungsmittelproduktion.

Verglichen mit den länderübergreifenden Aussagen zum kulturellen und sozialen und ökonomischen Kontext der Bevölkerungsentwicklung in Afrika ging das Referat zu wenig auf die spezifischen Probleme oder Politiken einzelner Staaten oder Regionen ein. Genauer war nur zu *Kenia* zu erfahren, dem Land mit der gegenwärtig höchsten Wachstumsrate nicht nur in Afrika, sondern auf der Welt überhaupt (4%). Am Beispiel Kenias wies Tetzlaff auf den Zusammenhang von Landknappheit, zunehmender Urbanisierung und Bevölkerungswachstum hin und erläuterte die verbreiteten *Widerstände gegen Familienplanungsprogramme*, die in Afrika bisher generell wenig Anklang fanden (nur in 11 afrikanischen Staaten seien bisher Maßnahmen in dieser Richtung ergriffen worden). In Kenia sei der Familienplanung bisher kein großer Erfolg beschieden gewesen sowohl aufgrund der mangelnden Einsicht vieler Frauen wie wegen der Widerstände in der Führungsschicht; gerade in der Oberschicht seien große Familien üblich und erwünscht.

Kulturell bedingte Widerstände gegen Familienplanung spielen auch in *Lateinamerika* eine erhebliche Rolle („Machismo“), über das in Tutzing *Ingrid Langer* (München) berichtete. Nach ihren Angaben gibt es in Lateinamerika, wo im Jahr 2000 etwa 650 Millionen Menschen leben werden (1980 waren es 370 Millionen; die Wachstumsraten liegen zwischen 1,9% in Kuba und 3,6% in Venezuela), nur in Kolumbien und Costa Rica aktive staatliche Programme zu Familienplanung. In den meisten Ländern werde die Familienplanung im Rahmen der Gesundheitsfürsorge mitberücksichtigt. Frau Langer plädierte in ihrem leider mit ideologischen Versatzstücken überfrachteten Referat für eine Repolitisierung der bevölkerungspolitischen Diskussion und ließ deutliche Skepsis gegenüber Sterilisierungs- und Familienplanungsprogrammen erkennen, die den lateinamerikanischen Ländern von Industriestaaten aufgedrängt würden; dies sei Manipulation im Dienst eines neuen Kolonialismus.

Das chinesische und das indische Modell

Zwar liegen die prozentualen Zuwachsraten zahlreicher Länder in Afrika und Lateinamerika über denen der wichtigsten asiatischen Länder; den absoluten Zahlen nach beherbergt aber *Asien* über die Hälfte der Weltbevölkerung (zum Bevölkerungswachstum in asiatischen Ländern vgl. HK, April 1974, S. 214–220). Auf der Tutzinger Tagung wurden *Indien* und *China* herausgegriffen, die bevölkerungsreichsten Länder der Welt. Sie gehen bevölkerungspolitisch sehr unterschiedliche Wege. In Indien, wo 1951 das erste nationale Familienplanungsprogramm der Welt aufgestellt wurde, Kampagnen für Familienplanung auf freiwilliger Basis (die Zwangssterilisationen Mitte der siebziger Jahre waren eine einmalige Durchbrechung der sonstigen Praxis); in China dagegen massiver Einsatz von Sanktionen und umfassende Kontrollmaßnahmen.

Das Referat von *Thomas Scharping* (Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln) informierte über die gegenwärtige chinesische Bevölkerungspolitik und machte dabei auch die internen Schwierigkeiten sowie die Grenzen der Übertragbarkeit des chinesischen Modells deutlich.

Als Mittel zur Begrenzung der Geburtenzahlen dienen in der Volksrepublik ein voll ausgebautes System der vertikalen Kontrolle, systematisch erzeugter sozialer Druck am Wohnort und am Arbeitsplatz sowie ökonomische Anreize bzw. Strafen, die beim 3. oder 4. Kind schon sehr einschneidend sind. 70% der Frauen in China wenden heute Verhütungsmittel an. Die rigorose staatliche Bevölkerungspolitik, die traditionellen Einstellungen massiv zuwiderläuft, wird nach Angaben Scharpings in den Städten teilweise bewußt akzeptiert, während man sich auf dem Land und damit beim größeren Teil der Bevölkerung mehr dem Druck beuge.

Daß nach einem stetigen Rückgang der Geburtenziffern in den 70er Jahren seit 1980 wieder ein *leichter Anstieg* zu beobachten ist, brachte Scharping mit der Verbesserung der Lebensverhältnisse in Verbindung. Generell sah er für die nächste Zeit einen *Zielkonflikt* zwischen Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik in China voraus. Je mehr vor allem der Landwirtschaft durch Reprivatisierung Freiräume gegeben würden, um so schwächer würden die bevölkerungspolitisch erwünschten Kontrollmechanismen. Im übrigen vermutete er, die in China zur Norm gewordene Ein-Kind-Ehe werde auch Folgen für die politische Kultur haben; unter Umständen wüchsen damit zwar freiere, aber auch rücksichtslosere Menschen heran.

Alle diejenigen Spezifika, die Scharping als Bedingungen für den relativen Erfolg der chinesischen Bevölkerungspolitik nannte (große Homogenität der Bevölkerung, Einbettung der Bevölkerungspolitik in ein Gesamtkonzept von Entwicklung, Verfügbarkeit des Menschen aufgrund des politischen Systems), sind in *Indien* nicht gegeben. Die indische Bevölkerung wird denn auch bis zum Jahr 2020 der Chinas gleichkommen oder sie sogar übertreffen: Nach den Angaben von *Dagmar Gräfin Bernstorff* vom Südostasieninstitut der Universität Heidelberg dürfte Indien 2020 schätzungsweise 1,4 Milliarden Einwohner zählen (die Volkszählung von 1981 erbrachte eine Bevölkerung von 688 Millionen).

Die Referentin machte auf regionale, religiöse und soziale *Differenzierungen* in Indien aufmerksam: So liege im (hochalphabetisierten) Kerala die Zuwachsrate mit 1,9% deutlich unter dem Durchschnitt; Hindus hätten im allgemeinen weniger Kinder als Muslime; die stärksten Zuwachsraten lägen nicht bei den Unberühmbaren, sondern im unteren Mittelstand. Optimistisch zeigte Gräfin Bernstorff sich im Blick auf die Ernährungssituation. Indien könne auch eine gegenüber dem heutigen Stand verdoppelte Bevölkerung ernähren. Die Frage, ob auch das Erziehungswesen, der Arbeitsmarkt und die Energieversorgung mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten könnten, ließ sie offen.

Hoffnungen auf eine wirksamere Familienplanung setzte Gräfin Bernstorff in die Vermehrung sozialer Aktionsgruppen auf dem Land; dadurch werde der Bewußtwerdungsprozeß der unteren Bevölkerungsgruppen gefördert, wodurch auch der Boden für Familienplanung bereitet werde (nach einer Angabe in „Asian-Pacific Population Programme News“, Nr. 4, 1983, praktizieren gegenwärtig in Indien 27 von insgesamt 120 Millionen Paaren im gebärfähigen Alter Familienplanung).

Die Betroffenen ernst nehmen

Daß bei Überlegungen und Planungen zur Bevölkerungspolitik ethische Probleme ins Spiel kommen, wurde in allen Beiträgen zu den einzelnen Regionen deutlich, nicht zuletzt im Blick auf das chinesische Modell mit seinen Zwangsmaßnahmen. Eigens thematisiert wurden die ethischen Aspekte in Tutzing von dem an der Münchner Hochschule für Philosophie lehrenden Jesuiten *Johannes Müller*, der lange Jahre in Indonesien wirkte, einem Land, das seit den 70er Jahren kontinuierliche staatliche Programme zur Familienplanung kennt. Er war dabei um einen Mittelweg zwischen vorbehaltloser Bejahung von Familienplanung als Allheilmittel und Vernachlässigung der bevölkerungspolitischen Komponente von Entwicklung bemüht.

Müller erinnerte daran, daß es keine „natürlichen“ Bevölkerungsbewegungen gebe, sondern daß diese immer kulturell-historisch bedingt seien. Da die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und Regionen erheblich seien, brauche es jeweils eine spezifische Bevölkerungspolitik. Müller plädierte dafür, in jedem Fall die Sicht der Betroffenen ebenso ernst zu nehmen wie die makrosozialen Zusammenhänge; deshalb müsse man auf Zwangsmittel verzichten und mit positiver Motivierung arbeiten. Es brauche, so eine weitere These, die Integration von Familienplanung in ein „armutsorientiertes Gesamtkonzept“ von Entwicklung; deshalb sei der Vorwurf des „Kulturimperialismus“ gegenüber isolierten Familienplanungsprogrammen verständlich.

Nur am Rand kam Müller auf die *katholische Position* in Fragen der Familienplanung und Empfängnisverhütung zu sprechen: Methoden der Familienplanung müßten einerseits medizinisch und ethisch unbedenklich sein (deshalb Ablehnung der Abtreibung als Mittel der Familienplanung); andererseits müßten die entsprechenden Mittel für alle Schichten erreichbar und anwendbar sein. Diesen Kriterien werden seiner Ansicht nach weder die Pille noch die von der Kirche propagierte „Natürliche Familienplanung“ (NFP) im ganzen gerecht. In jedem Fall seien Vorschriften von Kirchenvertretern aus Europa an die Adresse der Kirchen in der Dritten Welt nicht hilfreich.

Kirchliche, speziell katholische Positionen zur Bevölkerungsentwicklung in der Dritten Welt wurden in Tutzing naturgemäß nur andeutungsweise angesprochen, ebenso die verschiedenen Familienplanungsprogramme, die von katholischer Seite in Entwicklungsländern durchgeführt

werden. Es wurde auf der Tagung dennoch zweierlei deutlich: Zum einen, wie sehr sich die Kirche mit der Verabsolutierung der Unterscheidung zwischen unbedenklichen „natürlichen“ und abzulehnenden „künstlichen“ Methoden der Empfängnisverhütung selber im Wege steht; zum zweiten, daß eine Kursänderung in diesem Punkt nicht der Zauberschlüssel für eine effektivere und den wirklichen Bedürfnissen angepaßte Bevölkerungspolitik wäre.

Man wird zunächst sehen, welche Akzente der Heilige Stuhl auf der Weltbevölkerungskonferenz setzt. Bei der *ersten Weltbevölkerungskonferenz 1974 in Bukarest* (vgl. HK, Oktober 1974, S. 507–509) hatte die vatikanische

Delegation massive Vorbehalte gegen drastische Maßnahmen zur Geburtenkontrolle erhoben und demgegenüber – übrigens im Gleichklang mit vielen Entwicklungsländern – auf der Notwendigkeit mehr internationaler Gerechtigkeit bestanden. Inzwischen hat sich aufgrund der Erfahrung der letzten zehn Jahre vielerorts die Überzeugung durchgesetzt, daß aktive Bevölkerungspolitik mit dem Ziel einer stationären Bevölkerungsentwicklung in jedem Fall notwendig ist, daß dabei aber die kulturellen Bedingungen der jeweiligen Bevölkerung nicht übergangen werden dürfen. Hier ist die Kirche mit ihrer bisher eher pronatalistischen Grundhaltung herausgefordert.

Ulrich Rub

Kirche im Aufschwung

Zur Reise des Papstes nach Südkorea

Anfang Mai wird Papst Johannes Paul II. die Republik Korea besuchen. Offizieller Anlaß dieser zweiten Asienreise ist die Heiligsprechung von 103 Märtyrern der koreanischen Kirche, die der Papst im Rahmen der 200-Jahr-Feiern zur Annahme des Christentums in Korea persönlich vornehmen wird. Auf dem Rückweg sind kurze Besuche in Papua-Neuguinea, auf den Salomonen und in Thailand eingeplant. Ursprünglich hatte man auch andere Reiseziele erwogen, insbesondere Indonesien und Singapur, doch wurde darauf mit Rücksicht auf die innenpolitische Lage der mehrheitlich muslimischen Staaten Indonesien und Malaysia verzichtet. Groß ist sicherlich die Enttäuschung in Taiwan, wo im Mai die 125-Jahr-Feiern der Missionierung beginnen. Offensichtlich mochte der Vatikan das gespannte Verhältnis zur Volksrepublik China nicht zusätzlich belasten (vgl. ds. Heft, S. 159).

Die Visite des Papstes gilt Staaten, in denen eine vergleichsweise junge Kirche gerade in den letzten Jahrzehnten einen erstaunlichen Aufschwung verzeichnen konnte. Die dortigen christlichen Gemeinschaften leben allerdings in einer im Umbruch befindlichen Gesellschaft, deren Menschen angesichts einer zunehmend materialistisch orientierten Umgebung nach einem neuen geistigen Halt suchen. Darüber hinaus wird der Papst in Südkorea erneut mit den Problemen einer Kirche konfrontiert werden, die wegen ihres gesellschaftlichen Engagements seit Jahren im Konflikt mit einem kaum verhüllten diktatorischen Regime steht.

Die innenpolitische Lage

Südkorea bietet derzeit trotz der Krisen des letzten Jahres ein *Bild relativer Ruhe*. Die Stellung von Staatspräsident *Chun Doo Hwan* scheint auch nach den zahlreichen Finanzskandalen, die bis in höchste Regierungskreise hineinreichten, keineswegs erschüttert, zumal er sich selbst in Kampagnen gegen die Korruption oder übermäßigen Lu-

xus gerne als „Saubermann“ darstellt. Der Abschluß eines koreanischen Großraumflugzeugs durch die sowjetische Luftwaffe und das Attentat von Rangun führten sogar zu einer Welle nationaler Solidarität, die sein Regime nicht unerheblich stärkte.

Die Stabilisierung seiner innenpolitischen Lage verdankt das Land allerdings mehr noch der *allmählichen Konsolidierung der Wirtschaft*. Bei einer Inflationsrate von 3% und einer Arbeitslosenquote von (offiziell) 3–4% stieg das Bruttosozialprodukt 1983 um etwa 9% und lag damit wiederum leicht über den Erwartungen des laufenden 5-Jahres-Plans (Korea Herald 23. 12. 83). Zwar ist Korea immer noch im Ausland hoch verschuldet, doch hofft man, durch eine weitere Liberalisierung des Außenhandels der Exportindustrie zusätzliche Impulse zu geben und so die Grundlagen für einen baldigen Aufschwung zu schaffen. In welchem Maße die Wirtschaftspolitik zur Zeit Priorität genießt, zeigte sich bei der im Oktober 1983 notgedrungen vorgenommenen Kabinettsumbildung, als man vor allem Technokraten mit Wirtschaftserfahrung in die Regierung aufnahm.

Die mehr vermeintliche als wirkliche Bedrohung durch *Nordkorea* liefert dem Regime weiterhin die Rechtfertigung für eine weitgehende Reglementierung des öffentlichen Lebens. Die allseits präsenste Polizei ist jedoch flexibler geworden und verzichtet gelegentlich sogar auf allzu spektakuläres Auftreten. In jüngster Zeit versuchte man zudem, durch mehrere umfangreiche *Amnestien für politische Gefangene* ein günstigeres innenpolitisches Klima zu schaffen sowie gleichzeitig das Ausland zu beruhigen. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Situation in den letzten Jahren insgesamt nur wenig verändert hat. Nach Berichten aus koreanischen protestantischen Kreisen hatte die Zahl politischer Häftlinge in den beiden vergangenen Jahren sogar einen neuen Höchststand erreicht (epd, 8. 2. 84), und derzeit sind im-